

## Lehrerlobby gegen freie Schulwahl <sup>baz 19.9.07</sup>

**Lehrer füllen ihre Kampfkasse auf; baz 14. 9. 07**

In was für einem «freien» Land leben wir? Da ergreifen Bürgerinnen und Bürger die Initiative für eine freie Schulwahl und der Ivb weiss nichts anderes, als seine Kampfkasse zu füllen, um diese Initiative zu bekämpfen. Warum sie das tun, scheint auf der Hand zu liegen. Sie haben grosse Angst, dass ihre bisherigen Privilegien sich verändern, denn bisher beherrschten – meiner Mei-

nung nach – die Lehrerverbände und Gewerkschaften das Bildungswesen, und nicht etwa der Staat. Diese Lobby benimmt sich wie eine Cosa Nostra innerhalb der Bildungslandschaft und bekämpft nebst anderem auch das längst überfällige Recht auf bezahlte, freie Schulwahl. Würden die Lehrkräfte jeden Tag mit Freude, Enthusiasmus und Liebe den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern entgegen-treten und den Eltern klare Mitsprache gewähren, müssten sie sich vor ein paar Privatschulen mehr nicht fürchten. Doch darum geht es dem Ivb nicht, sondern um den weiteren Macht- und Privilegienerhalt innerhalb des Bildungswesens. Und dem Staat sei gesagt, dass es seine Aufgabe ist, nach dem Subsidiaritätsprinzip Schulung und Bildung zu gewährleisten, nicht aber sie selber durchzuführen.

NIKLAUS HOTTINGER, ARLESHEIM

## Schule ist eine Vertrauenssache <sup>baz 25.10.07</sup>

Aufsässige und desinteressierte Eltern: in der Tat ein ernstes Problem für die Schule, denn nur wenn die Eltern die Schule unterstützen, wird sie ihre Aufgabe optimal erfüllen können. Mit dem Vorschlag, renitente Eltern mit Bussen zur Einsicht zu bringen, wird man aber eher das Gegenteil erreichen. Damit werden Aversionen gegen die Schule geschürt. Ein erspriessliches Zusammenwirken von Eltern und Schule wird sich erst einstellen, wenn es den Lehrern gelingt, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Ein solches Verhältnis kann aber nicht erzwungen werden, schon gar nicht mit Bussen. Diesem Dilemma kann man nur entrinnen mit der freien Schulwahl. Denn ein Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Schule kann in einer von den Eltern selbst gewählten Partnerschaft besser gedeihen als in einer vom Staate verordneten. Die Einmischung der Eltern in die Schule wird abnehmen, da sie mit dem Konzept der gewählten Schule einverstanden sind. Ferner wird durch die Möglichkeit der Schulwahl das Interesse der Eltern an Bildungs- und Schulfragen gefördert. ERWIN OGG, RAPPERSWIL-JONA

## Lehrer muss man in die Pflicht nehmen

**Schulen sind kein Selbstbedienungsladen; baz 19. 10. 07**

Wie mir das BBW, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft in Bern, vor wenigen Jahren bestätigte, sind untolerierbare Zustände schulseits, wie vorwiegend gezielte Verstösse gegen die Chancengerechtigkeit (meist Migrantenkinder und andere Sozialschwache betreffend) ein akutes, aktuelles Problem in der Schweiz. Wen wundert es darob, dass Schulunlust und Jugendgewalt angestiegen sind? Fehlbare Lehrkräfte geniessen ja meist die Rückendeckung von Schulleitung und Behörden – auch wenn Beweise und Zeugenaussagen vorlägen – statt dass sie gebüsst und «in die Pflicht genommen» werden. Sich wehren ist ja meist aussichtslos, so auch bislang – unbegreiflicherweise – ein unbürokratischer Klassen- oder Staatsschulwechsel. Also hilft oft nur ein Wohnortwechsel oder eine Privatschule, um betroffenen Schülern wieder Freude am Lernen zu ermöglichen, was Eltern gar noch zusätzliche Kosten verursacht! Wo bleibt da die ausgleichende Gerechtigkeit?

ESTHER NUFER, ALTSTÄTTEN

## Moderne Sündenböcke

**«Die Schule ist kein Selbstbedienungsladen»; baz 19.10.07 baz 22.10.07**

Lehrer werden für ihre Arbeit gut bezahlt. Eltern leisten beim Aufziehen der Kinder eine gewaltige Arbeit ohne Bezahlung. Sie dürfen dafür zusätzlich ein Vermögen hinblättern: Kinderkosten von zirka einer halben Million Franken pro Kind. Nun werden sie auch noch für alle Arten von sozialen und schulischen Problemen als Sündenböcke hingestellt. So geht das nicht, Herr Zemp! Unsere Schule braucht keine pflegeleichten Eltern. Unsere Kinder brauchen Eltern mit Interesse und positiver Einstellung zur Schule. Bussandrohung bewirkt das Gegenteil. Eine Schulwahlmöglichkeit, wie sie die Elternlobby (www.elternlobby.ch) fordert, hilft viel mehr zur Vertrauensbildung.

MICHAEL SUTER, FLAWIL

## Zufriedene Kinder <sup>baz 26.6.07</sup>

**Zu «Intensive Diskussion beurteile ich positiv»; baz 20. Juni**

Regierungsrat Urs Wüthrich hat Recht; bei der Volksinitiative «JA, Bildungsvielfalt für alle» geht es um eine grundlegende Abkehr vom heutigen Bildungssystem: Gute Schulen werden von den Eltern gewählt; schlechte eben nicht. Zufriedene Kinder und Eltern sind die beste, schnellste und billigste Qualitätssicherung für eine Schule.

HEIDI PORTMANN, ARLESHEIM

## 40 Millionen jährlich zweckentfremdet?

**Bildungsrat lehnt Schulinitiative ab; baz 23. 6. 07**

Der Bildungsrat behauptet, wenn die Volksinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» angenommen wird, müssten der Kanton und die Gemeinden 40 Millionen Franken mehr für Bildung ausgeben. «Der Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht ist gewährleistet», fordert aber die Bundesverfassung. Tatsache ist, dass alle Eltern Steuern zahlen. Von den Steuereinnahmen fliesst bekanntlich etwa ein Drittel in die Bildung. Wohin fliesst dieser Steueranteil von Eltern, die ihre Kinder in einer nicht staatlichen Schule unterrichten lassen? Folglich werden im Kanton BL jährlich 40 Millionen Franken zweckentfremdet, weil die Schulbildung nicht aller Kinder finanziert wird!

MARCO MÄRK, ARLESHEIM

## Freie Schulwahl

**Die Schule ist kein Selbstbedienungsladen; baz 25.10.07 baz 19. 10. 07**

Zum Glück sehen die Lehrkräfte ein, dass die Eltern ihre Verantwortung übernehmen müssen. Leider wird im Artikel «Die Schule ist kein Selbstbedienungsladen» nur von Verantwortung gesprochen, wenn Probleme für die Schule auftreten. Die Verantwortung muss aber schon vorher beginnen. Zum Beispiel indem die richtige Schule gewählt werden kann. Fühlt sich ein Kind wohl, reagiert

es nicht mit Aggression nach aussen oder nach innen. Beide Formen müssen verhindert werden. Deshalb brauchen wir die freie Schulwahl.

MARCO MÄRK, ARLESHEIM

## Käufliche Bildung

**Zu «Intensive Diskussion beurteile ich positiv»; baz vom 20. Juni**  
Die Volksinitiative «JA, Bildungsvielfalt für alle» ist tatsächlich eine Abkehr vom heutigen Bildungssystem, bei dem Chancengleichheit und Durchmischung an den Schulen immer schlechter gewährleistet sind. Bildung wird zunehmend käuflich: Nachhilfestunden, nicht-staatliche Schulen oder ein Einfamilienhaus in einem sogenannten besseren Quartier können sich nur wohlhabende Eltern leisten. Ich wünsche mir einen unentgeltlichen Zugang zum gesamten Bildungsangebot für alle Kinder.

ELISABETH RAMSEIER

FÜLLINSDORF